

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 9

Rubrik: Zusammenhänge

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zusammenhänge

Die Neue Linke und die Tschechoslowakei

Wir haben uns im «Zeitbild» schon verschiedentlich mit der Thematik befasst, wie das Verhalten der Neuen Linken zum kommunistischen «Establishment» zu bewerten sei. So etwa ausführlich in den Zusammenhängen von Nr. 2, oder an einem konkreten Beispiel dargestellt in Nr. 5, wo von unbelasteten Ferien am Plattensee die Rede war, welche Vertreter der Neuen Linken zur gleichen Zeit verbrachten, als die Warschau-Pakt-Staaten über die Tschechoslowakei herfielen.

Gerade die Plattensee-Geschichte, die wir auf Grund eines Berichtes der ungarischen Zeitung «Elet es Irodalom» belegten und kommentierten, gibt uns die Gelegenheit, die Diskussion zu diesem Thema noch einmal aufzurollen. Wir tun es mit einer erneuten Bezugnahme auf schon Veröffentlichtes. In etwas anderer Form hatte auch der vom SOI herausgegebene «Freie Korrespondenzdienst» die ungarische Quelle benutzt, um die Gegnerschaft der Neuen Linken zu etablierten Regimes unter sowjetischer Vormundschaft in Zweifel zu ziehen. Auf einen Abdruck dieses Beitrages im «St.-Galler Tagblatt» wurde ein protestierender Leserbrief eingesandt, den auch wir von Interesse finden, weil seine Argumentation für einen ganz ordentlichen Teil der öffentlichen Meinung symptomatisch ist.

Wir bringen deshalb diesen Protest auf eine SOI-Darstellung zusammen mit einer Antwort von Erna Wolfensberger, Mitarbeiterin des SOI-Verlages, die sich eingehend mit dem Phänomen der Neuen Linken beschäftigt hat (das SOI bereitet darüber eine Publikation vor).

Eine Beschuldigung

Der Artikel «Fragwürdige Idealisten» will eine Zusammenarbeit oder gar ein Drahtzieher-Verhältnis zwischen der westlichen Linksopposition und östlichen Diktaturregimes entlarven und behauptet, die APO habe die Okkupation der CSSR widerspruchslos hingenommen.

Das stimmt nicht. Hingenommen wurde die Besetzung einzig von der Deutschen Friedensunion (47 000 Mitglieder) und von der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (1200 Mitglieder), nicht aber vom SDS, der treibenden Kraft und dem Kopf der anti-autoritären Bewegung in Deutschland. Die APO demonstrierte in verschiedenen deutschen Städten gegen die Okkupation mit Spruchbändern wie: «Wer hat die Revolution verraten? — Die roten Bürokraten!» Dazu zwei Zitate von Niels Kadritzke und Wolfgang Lefèvre (beide SDS): «Die 3. Internationale ist tot». «Für immer ist der Anschein des Anspruchs erloschen, als sei die sozialistische Bewegung auf dem Erdball an die Zukunft der Sowjetunion geknüpft.» Der Gewaltmarsch der Kreml-Streitmacht widerspricht also ganz klar der Vorstellung der APO von demokratischem Sozialismus. Sie sieht im starr-dogmatischen Neo-Stalinismus genauso den Gegner ihrer Ideen wie in der autoritären

Staatsführung im Westen. Daher stellte die APO auch die Bereitschaft zu punktueller Zusammenarbeit mit der moskautreuen Westberliner SED ein. Sie distanzieren sich allerdings entschieden vom allgemeinen Entrüstungssturm, der auf einen Schlag alle Parteien, einschliesslich NPD, einte («Lieber tot als rot!»). SDS Köln erklärte: «Wer für die sozialistische Freiheit in der CSSR eintritt, muss die Revolution im eigenen Land machen.» (Fakten und Zitate aus dem «Spiegel».) Auch in der Schweiz konnte man in Kommentaren und Kundgebungen eine lustvolle Wiedererweckung des Kalten Krieges beobachten. (Wir erinnern an die Kommentare des «St.-Galler Tagblatts», die «die wahre Fratze Moskaus» erklickten.) Wie viele Redner und Politiker jammerten von «Tragödie». In Wahrheit hüpfte ihnen das Herz vor Freude über die Intervention, denn sie meinten, darin eine Berechtigung zu finden, um wieder einmal hemmungslos die Russen im besonderen und den Kommunismus im allgemeinen in Grund und Boden zu verdammen.

Eine weitere Verdrehung ist es, wenn der Artikel eine Abkehr der Ostjugend vom Kommunismus andeuten will. Es gab zwar Meinungsverschiedenheiten zwischen den Studenten aus Ost und West — sie resultierten vor allem aus der Verschiedenheit der Ausgangssituation und aus der Uneinigkeit über die Begriffe Demokratisierung und Liberalisierung — aber, versichert der tschechische Schriftsteller Pavel Kohout in der «Zeit», den Studenten in Prag sei es ausdrücklich nicht um eine Rückkehr zum Kapitalismus gegangen, sondern um etwas ganz Neues, um einen wirklich freiheitlichen Kommunismus. (Uebrigens wirkten die Schriften von Marcuse, Sartre, Bloch u. a. auch unter den tschechischen Studenten.) Nach der Meinung Kohouts ist die schlimmste Folge der Okkupation, dass die Kalten Krieger nun beweisen wollen, die Entspannungspolitik sei gescheitert. Der Schreiber des Artikels, der an einer Stelle den russischen Atomphysiker Sacharow zitiert, «weiss» anscheinend auch nicht, was die Broschüre sein soll, nämlich eine dringende Mahnung an Ost und West, aus ihren erstarrten Denkschemen herauszufinden zu einer globalen Kooperation. Die Entspannungspolitik sei die einzige Hoffnung angesichts einer möglichen Weltkatastrophe. Insofern betreiben solche Artikel wie «Fragwürdige Idealisten» eine unverantwortliche Eskalation zur Spannungspolitik, die lediglich mit einer heuchlerischen, weil unüberlegten, Solidarität mit den Tschechen Russland- und Kommunistenfeindlichkeit hochspielt. Das liefert dem Kreml nur ein verspätetes Alibi für die Intervention.

Doppelt empörend ist es, dass der Schreiber des genannten Artikels die Ereignisse in der CSSR auf so hinterhältige Weise gegen die radikale Linksopposition im Westen ausschachtet. Aus einer unterschwellig hysterischen Angst um die eigene Wohlstandssicherheit sieht die bürgerliche Mitte hinter jedem

linken Demonstranten Drahtzieher aus Moskau oder Peking. Dazu werden in grober Verallgemeinerung alle oppositionellen Gruppen mit der Etikette «Anarchisten und Staatsfeinde» versehen.

Wir hoffen, dass eine Zeit kommen wird, wo solche Kommentatoren nicht mehr so risikolos vom Ruhsitz aus die Leser auf die unbequeme Opposition hetzen können.

Eine Antwort

Der Prager Reformkurs ist der Versuch gewesen, einen demokratischen Sozialismus zu verwirklichen. Kriterien für die Glaubwürdigkeit der Neuen Linken, ihr Eintreten für den demokratischen Sozialismus, sind daher ihre konsequente Billigung des Prager Reformkurses und eine kategorische Ablehnung der sowjetischen Intervention.

Stellung der APO zur sowjetischen Intervention in der CSSR

Leider ist dem aber in der APO keineswegs so. An sich ist es schon fragwürdig, zwei Auffassungen (N. Kadritzke, W. Lefèvre) als repräsentativ für den SDS auszugeben, wo sich dieser gerade durch seine Heterogenität kennzeichnet. Auf dem gleichen Teach-in (am 21. August 1968 in der Technischen Universität Berlin, s. Materialien zur CSSR, herg. vom ASTA der Freien Universität Berlin) waren auch ganz andere Auffassungen von SDS-Mitgliedern zu hören. So erklärte z. B. P. Strotmann in wünschenswerter Klarheit bezüglich der Einführung von Marktmechanismen in die sozialistische Wirtschaft: «Wenn jetzt durch diese radikale Differenzierung der Löhne wieder eine reaktionäre Umverteilung der Lasten zugunsten der privilegierten Schichten der Technokraten vorgenommen wird, so ist das zumindest eine sehr bedenkliche Erscheinung.» «Das bedeutet noch nicht, jetzt noch nicht, dass das ein bourgeoiser, kapitalistischer Umsturz ist, aber es ist meiner Ansicht nach der erste Schritt dazu...» Zu den tschechischen Bemühungen um ausländische Kredite meinte er: «...die Tschechoslowakei hat sich mit mehr oder weniger Erfolg darum bemüht, bei den kapitalistischen Ländern Anleihen für ihre Wirtschaft zu bekommen, statt die eigenen Kräfte zu mobilisieren (!)»

Diese Äusserung spricht für sich: Elitäre Arroganz (hier in Form verabreichter Ratschläge) und Ideologie ersetzen die Kenntnis von Tatsachen. Die finanzielle Kapazität der CSSR war nämlich mehr als erschöpft! Nach der Einführung der Pressefreiheit war nach Auffassung von P. Strotmann sofort ein «Monopol von bürgerlichen Intellektuellen» zu beobachten, «in keinem einzigen Organ ist eine konsequente linke Politik vertreten worden...» Womit wir genau die Argumente der Sowjetunion für ihre Niederwerfung der «Konterrevolution» hätten.

Auch wenn sich diese Kritik als «linke Kritik», d. h. links von Moskau verstehen würde, so arbeitet sie doch mit genau den gleichen Argumenten und rechtfertigt die Intervention mindestens indirekt. Wo bleibt da die einheitliche Verurteilung durch den SDS, die APO? Ausserdem ist der mehrheitlich spontan-emotionalen Verurteilung der Intervention sehr bald ein Differenzierungsprozess der Meinungen gefolgt, aber in der Richtung, dass man durchaus Gründe gefunden hat, die das sowjetische Vorgehen «erklärlich erscheinen lassen».

Die Frage nach den *intellektuellen Versäumnissen* der Neuen Linken bleibt damit weiter gestellt. Diese hatte die Chance, den kühnen Versuch der Tschechen und Slowaken zu begreifen und ihn zur eigenen Sache zu machen. Doch während man in der CSSR unter schwierigsten Bedingungen die Reform zu verwirklichen suchte, gefiel sich die Neue Linke in revolutionärer Gestik. Während man dort die Liberalisierung des Systems und die Tolerierung des Andersdenkenden forderte, erklärte man hierzulange Toleranz und Liberalität zum Feind der Revolution.

Dass diese Feststellung nicht nur für die linksradikalen Studenten gilt, sondern auch für einen Teil der Schriftsteller, zeigt das Urteil von Hans Magnus Enzensberger (Kursbuch Nr. 13, «Die Studenten und die Macht») über die Prager Studentenbewegung: «Die Dokumente zeugen von einem äusserst beschränkten Horizont. Ihre politische Substanz ist dürftig. Die DDR gilt als Aussenfeind. Sympathien im eigenen Lager richten sich allenfalls auf Jugoslawien und Rumänien. Die kubanischen und chinesischen Vorstellungen und Erfahrungen werden ignoriert oder pauschal abgelehnt.»

Ausgehend von der Stellung der Neuen Linken zur sowjetischen Intervention wäre dann auch der Vorwurf der Kalten Krieger zu überprüfen, die die

Neue Linke als «Reservearmee des Weltkommunismus»

bezeichnen. (Nur nebenbei sei bemerkt, dass diese auch ihren Anteil an der Renaissance der

Kalten Krieger hat.) Auch wenn die Neue Linke den sowjetischen Bürokratismus ablehnt, auf eine faktische Zusammenarbeit mit ihm verzichtet, so besteht immer noch eine beträchtliche theoretische Affinität. Ausserdem und vor allem kann sie durchaus sehr nützliche Dienste für die Sowjetunion leisten — zum Beispiel, indem deren Vorgehen in der CSSR als teilweise begründet ausgegeben wird. Sie hätte damit ihre propagandistische Funktion im Westen erfüllt. Böse Zungen und Kalte Krieger pflegen dies als *politische Naivität* zu bezeichnen.

Kalter Krieg und Entspannungspolitik

Die «lustvolle Wiedererweckung des Kalten Krieges» ist zumindest als «Wiedererweckung», zum Teil und temporär vorhanden gewesen. Auf die «grosse Politik» ist sie jedoch ohne Einfluss geblieben (s. Fortsetzung des amerikanisch-sowjetischen Raketengesprächs und der gaullistischen Europapolitik z. B.). Zur Entspannungspolitik: Sicher ist das Memorandum von Sacharow ein Aufruf an Ost und West, aus den Denkschemata herauszufinden zur globalen Kooperation. Sacharow selbst (man würde ihn übrigens besser dann korrigierend zitieren, wenn man ihn ganz gelesen hat) betont ja, dass die Bedingungen dazu gerade in der Sowjetunion nicht existieren, auf deren gegenwärtige Tendenzen zum Faschismus er hinweist. Doch — Kooperation setzt zwei entspannungswillige und kooperationsbereite Partner voraus! Der Auflockerungs-, Entspannungsprozess in den beiden Bündnissystemen beruht aber nicht auf Gegenseitigkeit, denn für die Sowjetunion ist die Bereitschaft dazu nicht gegeben. Europa ist weit von einer Entpolarisierung der Blöcke entfernt, und die *tatsächliche* Entwicklung verläuft als Differenzierung *innerhalb* der Blöcke. Was nicht heissen will, dass eine Entspannungspolitik nicht trotzdem angestrebt werden soll. Aber hier sind wir durchaus Marxisten, wir sagen nämlich, dass die *Praxis* Kriterium der Wahrheit ist. Und dann sehen wir eben die Okkupation der CSSR und nicht einen sowjetischen Versuch, mit seinen osteuropäischen Nachbarn zu einem Ausgleich zu finden!

Dass auch eine einseitige Entspannungspolitik keine Auflockerung im Osten zur Folge hat, dafür ist die gaullistische Aussenpolitik ein schlagendes Beispiel. Frankreichs Politik der Vorleistungen gegenüber der Sowjetunion durch einen Abbau seiner vertraglichen Bindungen im Westen (z. B. Austritt aus dem Nordatlantikkpakt) hat im Warschauer Pakt keine Parallelwirkungen erzielen können. Die französische Unterstützung der osteuropäischen Emanzipationsbestrebungen findet da ihre Grenze, wo vitale Sicherheitsinteressen der Sowjetunion verletzt werden. Wo blieb die rumänische Unabhängigkeit nach der Intervention in die CSSR? Nirgends. Ohne eine echte sowjetische Bereitschaft bleibt die globale Kooperation auf das beschränkt, was heute praktiziert wird, nämlich auf einen Raketendialog aus zwingenden rüstungstechnologischen und haushaltspolitischen Notwendigkeiten.

Zur Meinungsäusserungsfreiheit

Am meisten beeindruckt hat uns in Ihrem Leserbrief aber der Wunsch nach einer Zeit, in der «Kommentatoren nicht mehr so risikolos... auf eine unbequeme Opposition hetzen können». Mit andern Worten: Sie wünschen sich eine ideologische Zensur. Dazu der von Ihnen zitierte Atomphysiker Sacharow: «...dass die Menschheit unbedingt geistige Freiheit braucht, die «Freiheit unvoreingenommener und furchtloser Debatte». «Die Gedankenfreiheit bedarf daher der Verteidigung aller denkenden und aufrichtigen Menschen» (Memorandum S. 5). Die ideologische Zensur bezeichnet er als «Lieblingsschwert bürokratischer Oligarchen»! Dürfen wir Sie ausserdem daran erinnern, dass die linke, kritische Theorie mindestens ebensoviel *Selbstkritik* fordert wie Kritik an den bestehenden Verhältnissen. Liest man ihren letzten Absatz, so wird man den Eindruck nicht los, als käme durch Sie nicht etwa eine Aera des demokratischen Sozialismus auf uns zu, sondern vielmehr eine Zeit neuer Disziplinierung und Reglementierung, in der wenige, dafür Auserwählte im Besitze der historischen Wahrheit sind, in deren Namen — wie schon gehabt — der Zweck wieder einmal alle Mittel heiligt. *Erna Wolfensberger*

In Kürze

estlichen Pressemeldungen zufolge sollen sowjetische Wissenschaftler die Errichtung eines Erbindungskanales zwischen dem Asowschen und dem Kaspischen Meer vorgeschlagen haben, das zwischen den beiden Gewässern bestehende natürliche Gefälle von 28 Metern voll auszunutzen könnte. Damit würde endlich eine wirkliche Möglichkeit geboten, den ständig sinkenden Wasserspiegel des Kaspischen Meeres wieder zu heben und seinen steigenden Salzgehalt, was bereits zu einer Verringerung der Fischbestände führte, zu vermindern.

Der Kanal soll in Etappen entstehen und mit Hilfe von Saugbaggern ausgehoben werden. Die im Asowschen ins Kaspische Meer strömenden Wassermengen werden den Berechnungen zufolge grösstenteils der Westküste des Kaspischen Meeres folgen und die nördlichen Gebiete

mit ihren starken Fischschwärmen nicht berühren. Die bisherigen Projekte zur Aufrechterhaltung des Wasserspiegels im Kaspischen Meer sahen u. a. die Umleitungen von Flüssen im Norden in die Wolga vor.

Radio Peking berichtet u. a. über die wachsenden Schwierigkeiten bei der «Umerziehung» der Intellektuellen an der Pekinger Universität.

Die Pekinger Universität sei ein Institut des gehobenen Wissens, das durch Feudalismus, Kapitalismus und Revisionismus schwer vergiftet sei.

Viele bekannte Professoren lehrten an dieser ältesten Universität Chinas. Einige von ihnen seien Autoritäten in der bürgerlichen akademischen Welt.

In dieser schwierigen Situation hätten die Studenten und Fakultäten ihre eigene spezielle Ideologie entwickelt. Eine Reihe von Professoren hätten sich im Schreiben von Artikeln gegen den

Marxismus-Leninismus und die Lehren Mao Tse-tungs spezialisiert.

Im laufenden Jahr 1969 sollen weitere 5000 junge Ungarn als «Gastarbeiter» nach Ostdeutschland geschickt werden, obwohl es bei der Rekrutierung der Arbeitskräfte offensichtliche Schwierigkeiten gibt. Das ungarische Gewerkschaftsorgan «Nepszava» schreibt dazu: «Die Rekrutierung der Jugendlichen zur Arbeitsleistung in der DDR stösst bei den betroffenen Betrieben, die dadurch Arbeitskräfte verlieren, auf Widerstand».

Das Gewerkschaftsorgan berichtet weiter, dass im vergangenen Jahr ebenfalls 5000 junge Ungarn in Ostdeutschland, vorwiegend in der Maschinenbau- und der elektrotechnischen Industrie, ihre Arbeit aufgenommen hätten.

Von den bisher der DDR überlassenen Jungarbeitern seien 368 in die Heimat zurückgeschickt worden, 50 Prozent wegen physischer Mängel, der Rest wegen «undisziplinierten Benehmens».